

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelpreis: Die 2-gelaperte Seite 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-gelaperte Reklameseite 5.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2948. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telephon 3200.

Nr. 68

Dienstag, den 22. März 1921

12. Jahrgang

Die unsichere Zukunft Oberschlesiens.

Also doch polnische Terrorisierung der oberschlesischen Abstammung.

Französische Begünstigungen der Polen.

Die gestrigen Meldungen über den ruhigen, ungestörten Verlauf der Abstimmung in Oberschlesien schienen sich leider doch nicht ganz zu bewahrheiten. Wir lassen nachstehend einige inzwischen eingetroffene Meldungen über polnische Gewalttakte folgen:

Katowitz, 21. März. Im ganzen Landkreis Beuthen klärten besorgniserregende polnische Unruhen auf. In Deutsch-Birkau wurden die Gebrüder Dubek, von denen der eine Mitglied des paritätischen Ausschusses war, erschossen. Auf der Straße Beuthen-Nichlowitz wurde die Straßenbahn angehalten, sämtliche Leute herausgeworfen und vor den Augen der Franzosen schwer mißhandelt. Die Ortsstelle Orzegow des deutschen Plebiszitatskommissars wurde vertrieben. 30 Personen wurden teils schwer, teils leicht verletzt. In Mari entwarfen die polnischen Apobeamten die deutschen Apobeamten. Heute Abend zog in Beuthen eine Bande von 60 Polen in geschlossenem Zuge zum Hotel Romisz (dem Hauptquartier Karfantys, D. Red.)! An General Le Rond wurde ein Telegramm um Hilfe gesandt. Bei Schoppinisch wurden polnische Umzüge veranstaltet, Gewalttätigkeiten gegen Deutsche verübt und die Wohnungen der Deutschen geplündert. Schwache französische Abteilungen sind dorthin gesandt worden! Eine schwere Schieferel ist im Gange, die Deutschen flüchten. Die zuständigen Kreiskontrolleure sind wiederholt dringend von verschiedenen Seiten um Hilfe gebeten worden, bisher jedoch ohne jeden Erfolg.

Beuthen, 21. März. Aus dem Abstimmungsgebiet wird gemeldet: Von zwei Gruben des Kreises Rybnik wurden hundert Arbeiter durch polnischen Terror vertrieben. Die Ortsgemeinden des Kreises unterlagen unerhörtem polnischem Terror ohne militärischen Schutz. Am 18. März wurde in Godow das Automobil des Plebiszitatskommissars durch ein Maschinengewehr beschossen, der polizeiliche Begleiter wurde getötet und der Führer verletzt. In einigen Orten wurden die ankommenden Abstimmenden verprügelt. Schwerster Terror wird auch aus den östlichen Teilen des Kreises Niez und in der Umgebung von Nikolai gemeldet, wo Abstimmende und deren Gastgeber bedroht, beschimpft und teilweise verletzt wurden. In der Nacht zum 19. März wurde das Dorf Nubel von einer Bande umzingelt und zwei Stunden lang beschossen, das Pfarrhaus durch drei Handgranaten schwer beschädigt. Die deutschen Mitglieder des Wahlbureaus in Radzionkau und Tarnowitz legten ihre Ämter nieder, weil ihnen ihre Ermordung angedroht wurde. Ähnliche Terrorfälle werden aus den Kreisen Groß-Strelitz, Katowitz, Hindenburg und Gleiwitz gemeldet. Zahlreiche Dörfer forderten militärischen Schutz an, da sonst die Ausführung der Abstimmung unmöglich sei.

Berlin, 22. März. Immer mehr Meldungen über den furchtbaren polnischen Terror während der Abstimmung treffen aus Oberschlesien ein. Wie die „Ostdeutsche Morgenpost“ mitteilt, ist die deutsche Wahlenthaltung im südlichen Teile des Kreises Rybnik auf polnischen Terror zurückzuführen. Nicht einmal die deutschen Mitglieder der paritätischen Ausschüsse wagten es, zur Wahl zu erscheinen.

Demselben Blatt zufolge ist die Wahl in Neu- und Alt-Radzionkau und Gielarzowitz von den Engländern als ungültig erklärt worden, weil in dem Wahlbureau nur polnische Stimmzettel ausgegeben wurden.

Ein bezeichnendes Licht auf die Unparteilichkeit der Franzosen wirft folgende Meldung der „Tägl. Rundsch.“ aus Katowitz: Auf dem Wochenmarkt von Nikolai hatte sich am Montag eine riesige Menschenmenge eingefunden, der durch Beamte des polnischen Plebiszitatsbureaus die Wahlergebnisse bekanntgegeben wurden. Anwesende französische Offiziere beglückwünschten die Polen zu den Ergebnissen der Wahl. Die Polen nahmen schließlich einen französischen Hauptmann auf die Schultern und trugen ihn unter großem Jubel auf dem Marktplatz herum. Der Hauptmann hielt dann eine Rede, in der er sagte, daß diese Erde, also die Gegend von Nikolai, unbedingt zu Polen kommen müsse.

London, 21. März. Das Reutersche Bureau teilt mit, daß die Nachricht, britische Truppen haben einen Zusammenstoß in Oberschlesien mit polnischen Truppen gehabt, übertrieben sei. Es hatten sich nur einige Polen über die polnische Grenze bei Landsberg 33 Meilen nordöstlich von Oppeln in das verbotene Gebiet der Volksabstimmung ver-

irrt und befanden sich einem kleinen britischen Polizeiposten gegenüber, der sie nach der andern Seite der Grenze zurückwies.

Offenbar handelt es sich hier um einen Versuch von Polen, die in das Abstimmungsgebiet zu unlauteren Zwecken eindringen wollten. Es ist erfreulich, daß die englischen Posten diesen Versuch abgewehrt haben.

Das Abstimmungsergebnis im Lichte der Ententepresse.

London, 21. März. Alle Abendblätter heben den großen deutschen Sieg in Oberschlesien hervor. „Star“ bezeichnet das Ergebnis der Abstimmung als einen sehr ernsten Schlag für Polen, sowie für die Politik Frankreichs, Polen zu einer Bedrohung Deutschlands zu machen.

Paris, 21. März. Während der „Temps“, der „Intransigent“ und auch das „Journal des Debats“ sich über das Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien sehr vorsichtig ausdrücken, die vorliegenden Ziffern unter Vorbehalt wiedergeben und sich jeden Urteils enthalten, schreibt „Matin“ heute Abend in der „Liberte“: Das Ergebnis sei Deutschland günstig. Die Zahlen, die man heute vormittag vernommen habe, ließen darüber keinen Zweifel. Wie in Allenstein und Marienwerder hätten sich die Wähler in der Mehrheit gegen Polen ausgesprochen. Es sei besonders ein moralischer Sieg, den Deutschland in Oberschlesien gewonnen habe! Man bewundere seine Organisationen und habe Vertrauen zu ihm. Trotz des Krieges, trotz der Niederlagen behalte das Deutschland in Mittel- und Osteuropa seine Expansionskraft. Wenn Deutschland 2/3 der Stimmen erlange, müsse die Grenze billig (!) festgesetzt werden und man müsse den Polen die Bezirke zuerkennen, die eine polnische Mehrheit ergeben hätten (!). Dagegen aber erscheine es sicher, daß die hauptsächlichsten Bergwerks- und Industriestädte in Oberschlesien Deutschland zugesprochen werden müssen.

General Rollet mahnt um das Entwaffnungsgesetz.

Berlin, 21. März. Der Vorsitzende der interalliierten Militär- und Kontrollkommission, General Rollet, hat eine Note an das Auswärtige Amt gerichtet, in der er darauf hinweist, daß die deutsche Regierung durch die Pariser Beschlüsse vom 29. Januar aufgefordert worden sei, bis zum 15. März das neue Wehrgesetz zu veröffentlichen und ein Gesetz über die Auflösung aller Selbstschutzhilfsorganisationen zu erlassen. General Rollet nimmt Vermerk davon, daß bereits bis zum 17. März noch nichts geschehen ist, und besteht auf schleunige Durchführung der Pariser Forderungen. Bekanntlich ist das neue Wehrgesetz sowie ein Gesetz für die Durchführung der Artikel 177 und 178 des Vertrages von Versailles in den letzten Tagen veröffentlicht worden.

Der Anteil der Freien Stadt Danzig an der oberschlesischen Kohlenförderung gesichert.

Der Oberkommissar des Völkerbundes hat dem Präsidenten des Senats folgende telegraphische Mitteilung des Generalsekretärs des Völkerbundes bekanntgegeben:

„Die Wiedergutmachungskommission hat bestimmt, der Freien Stadt Danzig direkt einen Monatsbetrag von oberschlesischer Kohle zuzuerkennen, der 1 Prozent der Nettoerzeugung von Oberschlesien entspricht. Es sind telegraphische Instruktionen seitens der Wiedergutmachungskommission ergangen, welche für den ersten Monat die Abfertigung von 25 000 Tonnen anordnen, unter dem Vorbehalt von Berichtigungen, die in den nächsten Monaten zu machen sind.“

Es ist anzunehmen, daß hiermit gemeint ist, daß, wenn die 25 000 Tonnen den Satz von 1 Prozent übersteigen, in dem folgenden Monat weniger gesandt wird, dagegen, wenn die 25 000 Tonnen weniger sind als 1 Prozent, in dem folgenden Monat mehr gesandt wird.

Diese Kohle soll mit den Transportmitteln befördert werden, welche von der Danziger Regierung bestellt werden, und die Lieferungen werden begiunen, sobald die Vereinbarungen getroffen worden sind. Die Vereinbarungen hinsichtlich der Bezahlung, des Transports usw. sollen zwischen der Regierung von Danzig und den anderen interessierten Parteien getroffen werden. Die Regierungskommission und die Plebiszitatskommission von Oberschlesien sind erucht worden, den Vertretern der Danziger Regierung, falls diese nach Oppeln kommen, in dieser Angelegenheit behilflich zu sein.

Trozkis Sieg.

Von Victor Schiff.

Die nachstehenden Ausführungen des außenpolitischen Redakteurs des „Vorwärts“ dürfen, auch wenn man ihnen nicht in allen Teilen zustimmen will, doch wegen ihrer gründlichen Sachkenntnis und Urteilskraft zur Klärung der Diskussion über das russische Problem beitragen.
Red. der „D. V.“

Mit der siegreichen Gegenrevolution in Rußland scheint es wieder einmal nichts zu sein. Es kann gar kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß es den von Trozki zusammengezogenen roten Truppen gelungen ist, Kronstadt, den Herd der Matrosenrebellion, niederzuzwingen. Damit ist die Herrschaft der Bolschewiki wieder auf längere Zeit gesichert, und die wieder aufstrebende Hoffnung der Ententebourgeoisie, den einzigen ihr noch trotzbenden Feind zu besiegen, wieder einmal enttäuscht.

Bei dieser Gelegenheit müssen wir deutschen Sozialdemokraten die Frage ganz nüchtern und realpolitisch prüfen, ob die von uns in der Betrachtung des russischen Problems angewandte Taktik die richtige ist. Gewiß, es kann gar nicht bestritten werden, — und es wird übrigens von den Bolschewiken gar nicht bestritten — daß das Sowjetregime ein grauenhaftes und fast unmenschliches ist, gegen das sich unsere europäischen Kulturempfindungen sträuben. Es steht leider auch ganz außer Zweifel, daß die ersten Opfer der bolschewistischen Diktatur Klassenangehörige sind, Sozialdemokraten oder Sozialrevolutionäre, und der jüngste schändliche Mordfall der übermächtigen roten Armeen auf das kleine wehrlose Georgien ist ein neues Glied in der Kette niederträchtiger Gewalttaten. Darüber hinaus muß das deutsche Proletariat schwerste Anklage gegen die Moskauer Despoten erheben, weil sie versucht haben, ihr Regierungssystem sichtslos durch eine winzige deutsche Minderheit dem klaren Willen der erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes mit Gewalt aufzuzwingen, weil dadurch deutsches Proletariat unnötig fliehen mußte und die Zerrissenheit der Arbeiterschaft immer tiefer und lähmender wurde gegenüber einer Bourgeoisie, die ihre Reihen immer fester zusammenschloß. Ferner haben die Bolschewiken diese Zerrissenheit des Proletariats in alle Länder Europas getragen und damit die einzige Möglichkeit eines erfolgreichen Widerstandes gegen den siegreichen, hemmungslos sich ausbreitenden Imperialismus und Kapitalismus der Entente vernichtet. Die Folgen dieser verfehlten Spaltungspolitik der Bolschewiken tragen nicht nur die deutschen Arbeiter, sondern auch die Arbeiter ganz Europas und nicht zuletzt die Bolschewiken selber. Es ist geradezu unfassbar, daß Sinowjew und seine Freunde die selbstmörderischen Wirkungen ihrer Politik nicht einsehen, und daß sie nach der glücklich erreichten Spaltung aller politischen Arbeiterorganisationen Mittel- und Westeuropas jetzt auch noch versuchen, die einzige noch einheitlich und daher auch machtvoll gebliebene Organisation des internationalen Proletariats, die Amsterdamer Internationale der Gewerkschaften, auszuhöhlen und zu sprengen. Weniger wegen der Sünden und Verbrechen, die die Bolschewiken zu Hause begehen, als wegen ihrer ständigen und gefährlichen Einmischung in unsere eigenen Angelegenheiten müssen wir sie mit ebensolcher rücksichtslosen Energie bekämpfen, wie sie uns angreifen.

Aber mit dieser übrigens rein defensiven Kampfstellung der Sozialdemokratie gegen den Bolschewismus ist das russische Problem noch lange nicht erschöpft. Freilich hat die deutsche Sozialdemokratie stets verkündet, daß sie in Frieden und Freundschaft mit dem russischen Volke leben will, gleichviel unter welcher Herrschaft es stehe. Und dennoch hat sie sich viellecht allzusehr durch ihre Sympathien für die Opfer des bolschewistischen Unterdrückungssystems von einer rein realpolitischen Betrachtung der Lösung des russischen Problems ablenken lassen. Unser erstes instinktives Empfinden bei der Lektüre der Nachrichten über die jüngsten Zustände in Sowjetrußland war zweifellos die Hoffnung auf einen Sieg der Rebellierenden, auf einen Sturz der Diktatoren; zumal es diesmal von vornherein feststand, daß es sich nicht um ein reaktionäres, militaristisches, ententistisches Abenteuer a la Kollschak, Denikin, Judenitsch oder Wrangel, sondern um einen von einwandfreier proletarischer Seite ausgehenden Versuch handelte, das Joch der Moskauer Tyrannen abzuschütteln.

Aber überlegen wir uns einmal, wo das Interesse des deutschen Proletariats in der gegenwärtigen Stunde liegt! Lassen wir einmal in dieser Stunde der eigenen höchsten Not, in der uns die Internationale völlig im Stich läßt, rein gefühlsmäßige internationalistische Betrachtungen beiseite und handeln wir ein wenig nach dem verpönten Grundsatz des „sacro egoismo“:

1. Die russischen Bolschewiken sind die einzige Macht auf der Welt, die die Entente noch nicht hat besiegen können.

Bricht diese Macht zusammen, so geht sofort durch die ganze Welt eine neue, verstärkte Welle der Reaktion, ausgehend vom siegreichen Ententeimperialismus, unterstützt und gefördert durch den deutschen Kapitalismus. Erster Vordränger: das deutsche Proletariat.

2. Bricht die Bolschewistenherrschaft über Nacht infolge einer Revolution oder aus sonst einem Grunde zusammen, so steht plötzlich die Weltwirtschaft vor einer ungeheuren neuen Aufgabe, nämlich der der sofortigen Versorgung Russlands mit Lebensmitteln, Rohstoffen usw., und es wird vor allem das Ententekapital sein, das trotz seiner Schwächenforderungen und überhaupt seiner größeren Handlungsfreiheit und seines Vorsprungs auf dem Weltmarkt kein Interesse diesem neuen Ausbeutungsfelde zuwenden wird. Die deutsche Volkswirtschaft, die gerade in der jetzigen Zeit für ihren raschen Wiederaufbau auf die Mitwirkung der amerikanischen, englischen und französischen Wirtschaft angewiesen ist, wird diese notwendige Hilfe in nur sehr beschränktem Maße erhalten. Erster Vordränger: Das deutsche Proletariat.

Wahlgemeint: Das Interesse des deutschen Proletariats ist zwar nicht an das ewige Fortbestehen der Leninischen Tyrannei in Russland geknüpft, und es ist im Interesse der Menschlichkeit und des Fortschritts nur wünschenswert, daß auch das russische Proletariat zu seinem politischen Rechte und zu seiner wirtschaftlichen Genesung gelangt, aber es liegt in unserem Interesse, daß die Bolschewiki nur allmählich und nicht plötzlich verschwinden. Nicht blutige Grenzrevolution, sondern Aufhebung des Bolschewismus in den wirtschaftlichen Prozeß durch die bloße Macht des Friedens, das ist die einzige Lösung des russischen Problems.

Die letzten Stunden Kronstadts.

D.C. Die ersten sowjetamtlichen Meldungen über die angeblich am Morgen des 17. März erfolgte Einnahme Kronstadts waren den Ereignissen vorausgeeilt. Nachdem zuvor eine Anzahl vorgelagerter Forts von den Bolschewisten genommen worden waren, ist um die Festung selbst tatsächlich noch bis zum Morgen des 18. gekämpft worden. Der 17. März war vom frühen Morgen bis zum späten Nachmittag von den Kämpfen um die Außenforts erfüllt. Erst um 6 Uhr nachmittags begann der Angriff auf Kronstadt selbst. Nach vielen vergeblichen Attacken wurde die Festung nachts von den Sowjettruppen erstürmt. Die Straßenkämpfe dauerten noch bis zum Morgen des 18. März an. Tagsüber wurden dann die vor Kronstadt liegenden Kreuzer „Semostopol“ und „Petropawlowsk“ beschossen. Das Feuer wurde erst um 4 Uhr nachmittags des 18. März eingestellt und es trat Ruhe ein. Der Angriff der Sowjettruppen ist im Rücken der Festung erfolgt, die für die Verteidigung der Meeresseite eingerichtet ist. Die Hauptforts waren daher kaum in der Lage, bei der Abwehr des Angriffs von der Landseite wirksam einzugreifen. Die Besetzung Kronstadts konnte von den Bolschewisten demnach nur unter schweren Opfern erlauft werden. An den Kämpfen haben 20 000 Kommunisten teilgenommen. Die Zahl der nach Finnland entkommenen Teile der Kronstädter Garnison erreicht mehrere tausend Mann. Darunter befindet sich der Vorsitzende des Revolutionskomitees Petrowski. Der gleichfalls geflüchtete General Roslowski erklärt den Fall Kronstadts durch die Ermüdung der Garnison infolge der schlechten Ernährung und der Erschöpfung durch den ohne Abkündigung geleisteten Wachdienst. Noch am 16. März hatte das Kronstädter Revolutionskomitee in einem Aufruf an die Völker der Welt sofortige Unterstützung durch Lebensmittel und Medikamente erbeten. Der Aufruf schloß: „Die Schar von Helden, die für die Befreiung kämpfen, bittet, nicht einen Augenblick länger zu säumen.“ Die geflüchteten Matrosen äußern schmerzliche Enttäuschung über

die ausgebliebene Unterstützung Petersburgs, meinen aber, daß die Sache an Kronstadt die Petersburger Arbeiterschaft aufreizen werde.

On seiner großen Rede auf dem zehnten Kongreß der russischen kommunistischen Partei nahm Lenin auch auf die Kronstädter Ereignisse Bezug. Besonders interessant ist seine im Grunde eines Kommunisten reichlich bestrebliche Erklärung, man könne mit Rücksicht auf die unmöglich zu beseitigenden Kleinbetriebe nicht umhin, der Forderung nach freiem Handel und freier Wirtschaft entgegenzukommen. Ferner gestand Lenin zu, daß auf ein bisförmiges Eintreten der Weltrevolution zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht zu rechnen sei. Was sagen die deutschen Kommunisten zu dieser Offenbarung ihres Parteibülgens?

Die an Delirium erkrankten Militäristen.

Der Landesverband Bayern hat's nach der Veröffentlichung der Reparationsvorschläge einen offenen Brief an die Freunde des „Friedensbundes der Kriegsteilnehmer“ im Ausland gerichtet. Von Paul Collin, dem belgischen Mitbegründer der pazifistischen „Clarité“, ist darauf eine begeisterte Zustimmung zu dieser Kundgebung erfolgt und eine internationale Front gegen die Staaten angekündigt. „Die sich vom Blutgewicht des Sieges nicht befreien können, und die wie Sträflinge die Fesseln des Sieges mit sich herum schleppen“. Die Beschlüsse der Konferenz von Paris werden ebenso wie die des Versailler Vertrages als „protest und hassenswert“ bezeichnet.

Dann fährt Collin fort: „Diese an Delirium erkrankten Militäristen sind verzweifelt ob unseres erfolgreichen Widerstandes. Im immer noch währenden Kampfe mit uns haben sie schlimmere Stöße und Niederlagen erlitten als während der langen Kriegsjahre, jedoch ihr Wüten immer komischer zu werden beginnt. Machen Sie sich nicht so viele Sorgen wegen ihres blinden Hasses, der von Urteilslosigkeit und Verirrtheit irreführt ist, sondern locken Sie wie wir über ihr hohles und aussichtsloses Toben!“ (Das ist freilich leichter gesagt als getan, wenn man die Geißel der „Sanktionen“ so heftig zu spüren bekommt. D. Red.)

Die Ausführungen Collins klingen schließlic in die Wünsche aus:

„Helfen Sie uns, den Beweis dafür zu erbringen, daß der Widerstand gegen Versailles und Paris nicht von einer Handvoll Agenten der Schwerindustrie und hohen Militärs geführt wird, sondern daß es der unüberwindliche Wille eines großen Volkes ist, das nicht untergeben will! Ueberlassen Sie es unsern gemeinsamen Feinden, den nicht mehr fernem Tag vorzubereiten, wo Politiker und Diplomaten, Kriegsgewinnler und Kanonenhändler sich selbst in die Haare geraten! Dann wird für uns eine neue Morgenröte erstrahlen! Wir sind ja stärker als sie alle, denn wir verteidigen die gemeinsamen Interessen und das gemeinsame Erbe aller Völker!“

Nützlich und einsichtsvoller hätte der Geist von Versailles, Paris und London auch von deutscher pazifistischer Seite nicht gebrandmarkt werden können, und es wäre nur aufs dringendste zu wünschen, daß Collins Stimme in den Ländern der Alliierten einen recht lebhaften Widerhall finden möge! Leider sind die Aussichten dazu einseitigen nur sehr gering. Der wilhelminische Militarismus und Imperialismus hat u. a. die weltgeschichtliche Schuld auf sich geladen, die vor dem Kriege so außerordentlich weit ausgebreitete Weltfriedensbewegung bei den Alliierten Westeuropas durch seine brutale Kriegstaktik und seine hinterhältigen Eroberungsabsichten auf ein Minimum zurückzuschrauben, und die Außenpolitik der deutschen demokra-

tischen Republik wird noch die Wütze haben, bis sie sich das Vertrauen meiner Kreise bei den bisherigen Feinden Deutschlands neugewonnen haben wird.

Der sozialdemokratische Wahlerfolg in Mecklenburg.

Schwerin, 19. März. Nach dem endgültigen Wahlergebnis erhielten bei den mecklenburg-schwerinschen Landtagswahlen die Deutschnationale Volkspartei 73 442 (15 Sitze), die Deutsche Volkspartei 57 813 (12 Sitze), der Dorfbund 19 452 (4 Sitze), die Wirtschaftspartei 9787 (2 Sitze), die Sozialdemokratische Partei 14 127 (3 Sitze), die Sozialdemokraten 137 971 (28 Sitze), die Unabhängigen 2635 (0 Sitze), die Kommunisten 15 328 (3 Sitze).

Der bolschewistische Raubzug nach Georgien.

Berlin, 19. März. Aus Batum ist nachstehendes Telegramm eingegangen: Infolge des andauernden hartnäckigen Widerstandes der georgischen Truppen und des verzweifelten Kampfes der georgischen Gebirgsbevölkerung hat die russische Heeresleitung aus der Krim und dem Kubangebiet neue Heeresmassen — 100 000 bis 120 000 Mann — mit ausgezeichneter Artillerie, Tanks usw. an die Front geworfen. Die georgischen Truppen mußten zurückweichen. Kutais ist bedroht. Die Regierung ging nach Batum. Der Kampf wird fortgesetzt. Ein weiterer Nachschub russischer Truppen ist unmöglich gemacht worden, da überall die Wege unfahrbar gemacht und die Brücken gesprengt wurden. Die russischen Truppen fühlen sich ständig bedroht und werden sich kaum lange halten können, insbesondere weil ihre Lebensmittellieferungen äußerst knapp sind und neue Transporte nicht herangeschafft werden können. Es droht ihnen vielleicht schon in ganz kurzer Zeit ein katastrophaler Zusammenbruch.

London, 20. März. Dem Reuterschen Bureau wird aus Konstantinopel gemeldet, daß die Türken Batum räumen, wo Abteilungen roter georgischer Kavallerie bereits angekommen sind. Die Türken haben die Sowjetgarnison, welche die letzte georgische Regierung sich stellen ließ, und die sie den Türken übergab, freigelassen.

Sofia, 20. März. Aus Kronstadt sind hier bisher 12 000 Flüchtlinge eingetroffen. Sie befinden sich in einem elenden Zustande, sind halb verhungert und am Ende ihrer Kräfte.

Französische Geldentwertung infolge der „Sanktionen“.

Basel, 18. März. Die „Nationalzeitung“ weist im Handbillet darauf hin, daß entgegen allen Erwartungen beim Eintritt der „Sanktionen“ der französische Franken mehr zurüdgegangen ist als die deutsche Mark. Das Blatt schreibt dazu: Die Industrie- und Börsenführer versprechen sich nichts von den „Sanktionen“, und die erwartete Sanierung Frankreichs beginnt selbstamerweise mit einer Entwertung des Frankens, die bei der mächtigen Auslandsverschuldung Frankreichs gleich Milliarden ausmacht, vermutlich mehr als die ganze Differenz des ersten Jahres zwischen den französischen Forderungen und dem deutschen Angebot. Noch unglaublicher ist die ausgesprochene Festigkeit der deutschen Börsen. Es liegt auf der Hand, daß, da die „Sanktionen“ ernstlich durchgeführt, zum Ruin Deutschlands und damit zu dessen vollkommener Zahlungsunfähigkeit und Steigerung der Krise in den alliierten Ländern führen müßten, die Börsen eben trotz aller Erklärungen der Staatsmänner nicht an eine Dauer der „Sanktionen“ glauben. Die Börsen sehen demnach in den „Sanktionen“ ein Ereignis, das bald zur Ernüchterung der Sieger und damit zur Ermäßigung der Ansprüche führen wird.

Rationalisierung und Londoner Diktat.

Von Dr. rer. pol. Hermann Ellinghaus.

Die 54. Hauptversammlung des Vereins Deutscher Ingenieure im Juli 1913 stellt einen Meilenstein in der Geschichte der deutschen Technik dar, insofern, als hier zum ersten Male in Deutschland in einer technisch-wissenschaftlichen Gesellschaft von A. M. Dodge die Grundgedanken vorgetragen wurden, die dem System der wissenschaftlichen Betriebsführung des genialen nordamerikanischen Werkstoff-Technikers und Organisations Frederic W. Taylor zugrunde liegen.

Auf den ersten Blick erscheint das System Taylors als eine Lehre vom Arbeitsvorgang an der Maschine, insofern dabei der Handarbeiter in Betracht kommt. Aber der Kern der Sache liegt tiefer. Taylors Grundforderung lautet: Lösung von den allüberbrachten Faustregeln und Frierung dieser Faustregeln durch ein auf einer scharfen Analyse des gesamten Produktionsprozesses aufgebautes, streng wissenschaftliches System der Produktion. Wenn auch das Menschenproblem bei Taylor im Vordergrund steht, so wird doch dadurch seine Idee keineswegs voll und ganz umfaßt, sondern auch die vom Handarbeiter unabhängigen Produktionsbedingungen gehören hinzu. Seit jener Tagung war der Anstoß gegeben, daß sich das Interesse der führenden Männer der deutschen Industrie immer mehr neben den technisch-wissenschaftlichen Fragen den technisch-wirtschaftlichen Fragen zuwandte. Das wirtschaftliche Denken und das sich darauf aufbauende Handeln bei den an der Leitung der Produktion unmittelbar und mittelbar Beteiligten mit dem Endziel der Erzielung eines möglichst hohen Flusses unter Ausnutzung des menschlichen Materials machte fruchtbar.

Der Rationalisierungsgedanke in der Produktion umschloß, das Wort vom Anstoß oder vom Anstoß, wurde aus der Kraftmaschinenlehre übernommen und auf die Produktion übertragen und schließlich auf die gesamte Wirtschaft angewendet, wurde zum Schlagwort.

Es wurde immer klarer, daß das rationelle System der Produktion die wertvolle Bestimmung zur Ausnutzung der Rohstofffrage, der Rohstoffgewinnung, der Energiegewinnung,

des Transportes, der Menschen- und Maschinenökonomie, der Vereinheitlichung der Produktion und der Werkstattorganisation, mit dem Ziel der Erreichung eines möglichst günstigen Wirkungsgrades darstellt.

Dann kam der Krieg; die Kriegswirtschaft verlangte auch die Einbeziehung unwirtschaftlich arbeitender Betriebe in die Produktion, für die Umstellung und die Durchführung der als richtig erkannten Prinzipien schloß es an Zeit; es mußte schnell gehandelt werden, aber der Rationalisierungsgedanke marшиerte.

Im Kriege war die Wirtschaft über ihre Leistungsfähigkeit beansprucht worden, die heruntergewirtschafteten Transportmittel und die schneller als bei normaler Inanspruchnahme verbrauchten Produktionsinstrumente mußten erneuert oder wiederhergestellt werden. Das Wirtschaftsjahr 1919 zeigt deshalb, abgesehen von allem anderen, das Bild der Erneuerung und Wiederherstellung der Transportmittel und Produktionsinstrumente der eigenen Wirtschaft; besonders gilt das für das Eisenbahnsystem. Die Arbeit für den Weltmarkt mußte also auch aus dießen — neben vielen anderen — Gründen gering bleiben. Im Wirtschaftsjahr 1920 sehen wir aber schon deutlich Anzeichen dafür, daß jene oben präzisierten Gedanken ihre praktische Auswirkung begannen.

Nicht allein der schlechte Stand der deutschen Mark gab der deutschen Eisenindustrie, dem Maschinen- und Apparatebau und der Textilindustrie Beschäftigung für den Weltmarkt, auch die inländische Industrie gab Aufträge in Kraft- und erdölverarbeitenden Maschinen, an Registrier- und Kontrollapparaten für den Wärmeverlauf, den Arbeitsprozeß usw.

Somit ist Deutschland gezwungen worden, seiner Wirtschaftswirtschaften Fabrikanten abzuziehen. Für die deutsche Wirtschaft hat die Erhöhung des Wirkungsgrades der Produktion und des einzelnen produktiven Arbeiters in diesen Jahren und Monaten einen großen Gewinn gebracht. Hier wird der größtmögliche Maßstab bald erreicht sein.

Auf der anderen Seite besteht aber für die deutsche Wirtschaft eine gewisse Gefahr. Die Arbeit für den Weltmarkt ist bei einer solchen Überbeanspruchung des deutschen

Produktionslebens — wenn jemals die Londoner Forderungen auf die eine oder die andere Weise Rechtskraft erhalten sollten — noch ein Wachsen der technischen Produktivkräfte möglich? Denn es ist ja nicht nur notwendig, daß ständig die veralteten oder verbrauchten Produktionsinstrumente ersetzt werden durch neue und wirksamere; die ständig durch die natürliche Menschenvermehrung bedingte wachsende Bevölkerungsziffer verlangt auch ein Wachsen des Wirtschaftskörpers und damit eine Vermehrung der Produktionsinstrumente unter gleichzeitiger Erzielung einer höheren Intensität dieser Produktionsinstrumente.

Im Frieden war die Zahl derjenigen, die infolge Auswanderung als Konsumenten für die Wirtschaft ausfielen, aber auch als Produzenten der Wirtschaft entzogen wurden, gering. Nach Lage des Weltarbeitsmarktes kommt vor der Hand eine Auswanderung großer Stills nicht in Frage. Es bleibt nur die Möglichkeit, durch Erhöhung des Nutzeffekts jener anderen Produktionsfaktoren den Gesamtwirkungsgrad der Produktion zu erhöhen. Sollte aber diese Belastung der deutschen Wirtschaft und damit auch der deutschen Produktion erzwungen werden, so ist es unmöglich, neue technische Produktionskräfte in den Dienst der Volkswirtschaft zu stellen. Und jene beiden Faktoren, die hier in Frage stehen, die eigene Volkswirtschaft und die Leistung an die Entente, sind ja nicht konstante Größen, sondern variabel; der eine Faktor ist abhängig von der stets wachsenden Bevölkerungsanzahl, der andere von den progressiv gestalteten Annuitäten. Der Grundgedanke, den die progressivste Ausgestaltung der Annuitäten bewirkt hat, ist wohl der, daß eine wachsende Volkswirtschaft auch immer leistungsfähiger wird. Wie soll aber die stets wachsende Zahl der Menschen produktiv angelegt werden, wenn man der Wirtschaft die Möglichkeit nimmt, die Produktionsinstrumente zu erneuern, zu vermehren und wirksamer zu gestalten, denn vom Standpunkte der Menschenökonomie und organisatorisch ist es natürlich falsch, an die mögliche Zahl von Arbeitsmaschinen eine unverhältnismäßig hohe Zahl von Menschen zu stellen, die vernünftigerweise diese Arbeitsmaschinen im Prozeß verdienen sollen.

Es entsteht also hier ein circulus vitiosus, aus dem es keinen anderen Ausweg gibt, als Anpassung der Forderungen an die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Die Beseitigung der Senats-Sinekure.

Dem Volkstage wurde bei Eröffnung der gestrigen Sitzung eine Vorlage des Senats zur Entlassnahme zu einem Beschlusse des Rates des Völkerbundes über

Weitere Abänderungen der Danziger Verfassung

bekanntgegeben, die von außerordentlicher Bedeutung sind. Bei einigen Tagen wurden bereits dem Hauptausschuss des Volkstaages durch den Präsidenten zehn einige Mittelungen über das Verlangen des Völkerbundes auf weitere Änderungen der Danziger Verfassung gemacht. Aus diesen Mittelungen waren jedoch die meisten konkreten Abänderungs-Vorschläge des Völkerbundes nicht ersichtlich. Soweit es sich um die bereits schon seit Monaten in der Schwebung befindlichen Abänderungswünsche des Völkerbundes handelt, haben die vorliegenden Veränderungen auf die Resolution des Völkerbundes vom 17. November 1920. Diese verlangten Änderungen erstreckt sich bekanntlich auf die bereits vom Volkstag am 2. Dezember beschlossenen Ergänzungen der Verfassung, die die Verbote für Danzig enthalten, als militärischer Stützpunkt zu dienen, seine Befestigungen zu errichten und seine Befestigung von Munition oder Kriegsmaterial zu gestatten. Außerdem waren darin auch noch Bestimmungen über auswärtige Angelegenheiten und das Staatsbürgerrecht aufgeführt, die mit dem Abbruch der Kooperation zwischen Danzig und Polen mehr oder weniger im Zusammenhang standen.

Unabhängig von diesen Verfassungsergänzungen, über die wir weiter unten die neue Vorlage des Senats veröffentlichen, laßt sich das Verlangen des Völkerbundes auf Änderung der Verfassung in bezug auf

Amtsdauer und Verantwortlichkeit des Senats

In seiner Sitzung vom 2. März 1921 hat der Völkerbundrat einen Bericht des japanischen Vertreters Jishi in dieser Angelegenheit angenommen und diesen Bericht zum Beschluß erhoben. Dieser Beschluß ist dem Senat vom Völkerbundrat mit der Anforderung zugeht, bis zum 7. April über die Stellungnahme der politischen Parteien und des Senats zu berichten. Dem Volkstag wurde nunmehr diese Angelegenheit zur Stellungnahme übermittleit. Aus dem Bericht des japanischen Vertreters Jishi geben wir nachstehend folgende grundlegende Bestimmungen wieder:

Professor Atalico, der eine Zeitlang die Geschäfte als Oberkommissar in Danzig vor der Ankunft des Generals Gating führte, sandte an den Generalkommissar einen Brief vom 23. Januar, betref. die Verfassung der Freien Stadt Danzig.

Herr Atalico lenkt die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf die Tatsache, daß entsprechend der Verfassung von Danzig in der

Form, wie sie von der Danziger Besatzungsbekleidenden Versammlung ausgearbeitet wurde, der Senatspräsident und sieben Senatoren für 12 Jahre ernannt werden und daß für sie keinerlei gesetzliche Verantwortlichkeit besteht, zurückzutreten, falls der Volkstag mit der Geschäftsführung des Senats nicht einverstanden ist. Herr Atalico weist darauf hin, daß diese Tatsache leicht einen Stein des Anstoßes in der Entwicklung der Freien Stadt sein könnte.

Er bestätigt gleichzeitig das Recht des Bundes, ein Recht, welches gegeben ist, durch die Verpflichtungen als Beschützer und Garant zu verlangen, daß die Verfassung, wenn besondere Umstände es erfordern, abgeändert wird.

Der augenblickliche Oberkommissar, General Gating, sandte an den Völkerbund einen Bericht vom 8. Februar 1921, in dem er ausführlich, wie Professor Atalico schon getan hat, daß die eigentliche Gewalt in der Führung von wenigen Senatoren ausgeübt wird, die für 12 Jahre ernannt und die weder dem Parlament noch dem Volke verantwortlich sind.

Der Oberkommissar schlägt vor, daß ein neues Parlament ernannt werden solle, um die Verfassung zu revidieren.

In dem Bericht, der dem Beschlusse des Rates vom 17. November 1920 angehängt war, war festgelegt, daß der Völkerbund sich Gewißheit darüber verschaffen muß, ob die Verfassung die notwendige Garantie für eine gesicherte und friedliche Lage bietet und ob sie eine Regierung garantiert, die ihre Pflichten in Übereinstimmung mit den Grundgesetzen, gemäß denen die Freie Stadt errichtet worden ist und gemäß den Verpflichtungen, die ihr gemäß dem Friedensvertrage von Versailles auferlegt sind, ausübt.

Der Rat möchte gern sobald wie möglich zu einem endgültigen Entschlusse über die Frage der Verfassung von Danzig kommen.

Selt der Erstellung der Freien Stadt Danzig hatten zwei Oberkommissare Gelegenheit, die tatsächliche Wirkung der Verfassung zu beobachten und beide kamen zu der Ansicht, daß die Verfassung in der gegenwärtigen Form nicht die notwendigen Garantien bietet für eine gesicherte und friedliche Lage. Aus diesem Grunde hat der Rat beschloffen, die Freie Stadt zu ersuchen, Schritte zu unternehmen, die die Gewißheit bieten, daß die Danziger Senatoren voll und ganz dem Volke verantwortlich sind und daß, was die haubtomitischen Senatoren anbelangt, ihre Amtszeit verringert wird, so daß der Volkstag häufiger Gelegenheit hat, seine Wünsche bezüglich Fortführung des Amtes durch die Senatoren auszudrücken. Eine Periode von vier Jahren ist vorgeschlagen worden.

Der Rat hat nicht den Vorzug gehabt, einen Vertreter der Freien Stadt Danzig während der augenblicklichen Prüfung der Verfassung zu hören, und er hat es nicht für notwendig gehalten,

sofort einen endgültigen Entschlusse bezüglich der gesamten Wortlautes der Abänderungen der Verfassung zu machen. Bevor in dieser Angelegenheit ein Beschlusse gefasst wird, möchte der Rat gern von der öffentlichen Meinung unterrichtet werden.

Der Oberkommissar des Völkerbundes hat die Frage dem Volkstag und dem Senat der Freien Stadt vorgelegt und dem Rate des Völkerbundes einen eingehenden Bericht übergeben. Dieser Bericht soll die Überlegungen enthalten über die Ansichten der verschiedenen politischen Parteien im Volkstag und im Senat. Um den unbilligen Umstand zu vermeiden, wird die Freie Stadt ersucht, die notwendigen Unterlagen dem Oberkommissar während eines Monats nach Eingang des vorliegenden Beschlusses des Rates bei der Regierung der Freien Stadt zugehen zu lassen.

Was die von Herrn Atalico angeregte Frage bezüglich der Abänderung der Danziger Verfassung in zukünftigen Fällen, und die Frage, die von General Gating angeregt worden ist, bezüglich der Ernennung eines Parlamentes für die Verfassungsrevision, betrifft, so besteht kein Zweifel, daß der Völkerbund in Betracht der Umstände, daß er die Verfassung garantieren soll, jederzeit in der Lage sein wird, die Freie Stadt zu ersuchen, welche weiteren Änderungen in die Verfassung aufzunehmen sind, die sich durch die Praxis als notwendig oder ratsam erweisen sollten.

Die Verlesung dieses Schreibens fand unter größter Aufmerksamkeit des Hauses statt. Die Sitzung wurde um eine Stunde ausgesetzt, in der die einzelnen Fraktionen dazu Stellung nahmen. Zum Eingang der heutigen Sitzung werden die einzelnen Parteien in Erklärungen ihre Stellungnahme bekanntgeben und soll die Angelegenheit dann im Hauptausschusse weiter verhandelt werden.

Wir haben bereits im Anschlusse an den Bericht über die Hauptausschuss-Sitzung unseren Standpunkt zu dem Verlangen des Völkerbundes festgelegt. Die Ausführungen des japanischen Vertreters Jishi, die Äußerungen Atalicos wie Gatings müssen fast durchgängig als richtig unterstrichen werden. Die sozialdemokratische Fraktion hat es bei den Verfassungsbekleidungen an Mahnungen in bezug auf Schaffung eines 12-jährigen Amtszeitens nicht fehlen lassen. Unsere Vorklänge auf Verabfolgung der Amtsdauer, der Kopfzahl und die parlamentarische Verantwortlichkeit der Senatoren wurden von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Selbst Demokraten und Zentrum warfen den letzten Rest ihrer demokratischen Auffassungen über Bord und gaben bedenkenlos die Bürgerblock-Ghe mit den Feindmaßnahmen und der Wirtschaftlichen Vereinigung ein. Wie unglücklich die Bürgerblockpolitik für Danzig gewirkt hat, zeigen die innerpolitischen Ereignisse der letzten Zeit und vor allen Dingen namentlich auch das Verlangen des Völkerbundes auf Beseitigung des verantwortungslosen Mandatates des Bürgerblocks. Die sozialdemokratische Fraktion wird der Änderung der Verfassung im Sinne des Beschlusses des Völkerbundes zustimmen, weil einmal

Wichtige Mitteilung für die Danziger Hausfrauen

Mit Beginn der Osterwoche biete an:

Hollando-Margarine

in täglich frischem Ausstich

Hollando-Margarine

in Blaubandpackung.

Ich hoffe, daß diese Spezialitäten meinen verehrten Kunden willkommen sein werden.

Nachdruck verboten.

Die Hollando-Ausstichmargarine

Ist die bekannte holländische Qualitätsmargarine, welche sich seit Freigabe des Margarinhandels der sprichwörtlichen Beliebtheit erfreut und welche als **Essbutter** allgemein verwendet wird.

Die Hollando-Margarine in Blaubandpackung

Ist von der gleichen unübertrefflichen Güte wie die Ausstichmargarine. Diese neue Pfundpackung soll meinen Abnehmern die Gewähr bieten, daß sie wirklich die Hollando-Margarine erhalten, wenn sie nicht direkt in meinem Hauptgeschäft oder meinen Filialen einkaufen können. Ich gebe diese Packung an Wiederverkäufer in allen Städten und Vororten ab.

Hollando-Ausstichmargarine Mk. **12.25** per Pfund

Hollando-Blaubandmargarine Mk. **12.50** per Pfund

„Hollando“ Danzig und Vororte.

Der Sternsteinhof.

Eine Fortsetzung von Ludwig Künze'schen

(Fortsetzung.)

„S hat Zeit! S hat Zeit! Sei dir heit's Zeit! Die Dirn is manbar, sag' ich dir, warum sollt' s' d' schönt Zeit verpassen und aberständig wer'n, wie man' s' ein arm's Weiseri wär, das nix ins Haus bracht', wie'n n' p'lichten Mittel, den f' am Velt' traagt'!“

„Ach weih ja, was s' mis'ragt, s' is wohl schon a Weil' her, daß du mir s' a sagt' hast, aber ich hab's noch nit vergessen.“

„Is ja recht, wann du's gmerkt' hast, Was ich biet', das biet' ich und da d'ruf' konnt' mich an der Stell' beim Wort' nehmen; halt' aber du mir mit dem dem'm nit ewig lang' st'ud'. Sei gar“

„Das st'raht' ich nit, Ach seim dich' gut, Tu bist of dein Wort' teil, Tu weidst'n in Guden keine hundert' Kreuzer, Von allen, die du mir gleichstellen konnt', haben die Güt'n nur Fündeln, die nderen zwei oder mehr' haben, unter die s' Ganze einmal aufgeteilt wird, Stimmt' mein Rechnung?“

„Freilich stimmt' s'! Freilich stimmt' s'! Aber schau, konnt' sich leicht a bessere Gelegenheit' schick'n, wie s' nächste Frühjahr, wo s' deinen Sohn zur Abstellung einberufen werden, daß mer'n als s' Zeit von Soldaten frei und zum Pauern macheten! Daß ich, n' von Militär' loswerden, des laß' mir über, ich weih' mehr' als ein Weg' dazu, du brauchst' nur die Kosten of dich' z'nehmen.“

„Das weih' ich, daß du s' mit' tragen wirst' und du weihst, daß ich einer bin, wo s' kein Haus' solt', dem s' of kein Güten' ankommt, Aber des is unbillig, daß ich mein Hof' meinem schwerer' Sold' nachweisen sollt', um mir ein Herr'n z'fassen.“

„Ke ja, du bist halt' unglücklich, du hast' dir noch allweil' nit' weina herlich' genut' of der Welt', Wann ich ein Pub'n' hätt', ich laß' iden lang' in der Ruh.“

„Tu halt' aber Wachen und wann du dein' Dirn' aus dem Haus' gibst, bist' du nur noch freierer' Herr' drauf! Des is ein ungleicher' Wandel' zwischen uns' und der Vorhalt' vom Weinen, in d' Weinen, daß s' einen nit' reut' dr', s' seine Zeit, darun' hab' ich' mich' nit' dranzen. Nun is genug' davon' s' redt', schau'n wir' lieber' ein' Pub'l' z'nehmen.“

„Gut, gut, schau'n wir' zu. — Aber s' Drängen' wegen is s' mir nit' gweil', daß du glaubst', Ich wollt' dich' nit' drängen. Das wüde' dir' auch viel' helfen, ausgehungerter' Stammscharret',“ murkte der Sternsteinhof, indem er voraus' aus dem Garten' schritt'.

„Dich' spann' ich doch' noch' n' Karren, angekreuzter' Geldvertuer,“ brumnte der Köchiermarke, hinten nachstrabend.

Als am nächsten Nachmittage Helene dem toten Walde zuzufriht, trieben schwere graue Wolken vor einem kalten Winde einher. Es begann zu „grünpeln“. In einem Augenblicke schien aller Raum zwischen Himmel und Erde allein von den durcheinander segenden und wirbelnden, weißen Röhelchen erfüllt; das währte einige Minuten, dann wurde ebenso plötzlich die Luft wieder heil, eine mürbe, haumige Dede über dem Wege dämpfte selbst den Goll' der Trille, und die Stille, die rings geherricht' hatte, dünkte dem Gehör nun lautloser wie zuvor.

Das Mädchen zog erschauernd das Tuch an sich. Auf der kurzen Strecke, die es noch bis ans Ziel zurückzulegen hatte, kam ihm der Bursche entgegen.

Er bot zum Grusse die Hand. „Im Wald hat' s' mich' nit' länger' gelitten,“ sagte er, „ich muß' doch' schauen, ob du bei dem argen Wetter' kinst'. Ich danke dir, daß du dich' nit' halt' abhalten' laßest, Es is zu unfreundlich, als daß ich dich' lang' da verhalten' müßt', ich werde es kurz machen. Die schlimme Jahrgzeit is vor der Tür' und bald werden mer' herauhen in Freien und nimmer' zusam'm'finden können; daß wir' aber' n' ganzen langen Winter' über uns' nur von fern und wie fremd' begegnen' soltten, ohne ein vertraulich' Bekand'tsein, dazu kann' ich' mich' nit' verstehen und das' konnt' auch du nit' verlan.“

Helene sah vor sich auf den Boden, sie hob die Schultern. „Was is da zu machen?“ fragte sie leise.

„Das werd' ich' d' r' sagen. Dein' Mutter' soll ein' geschickt' Weib sein, das ein' Ginkchen hat; nit' wie andere, die sich, all' nimmer' erinnern' mögen, daß sie selber' auch einmal jung' g'weh' wären und nun' n' Verlobten' kein' frohe' Stund' g'meina und demselben' alles für' Geld' und Schwand' auf'rehnen! Mein' Vater, der halt' wieder

„S Ganz' für' a Zummheit' und vor ihm' muß' ich' wohl' unfer' Tod' geheim' halten, bis ich' ihm' einmal a nachgiebige' Stund' ablaue', denn kam er' früher' dahinter, so müdt' uns' das leicht' s' ganze Spiel' verderben, aber vor deiner' Mutter' hab' ich' mich' bei mein'm' ehrl'ichen' Absehen' nit' zu scheuen; der kommt' wohl' all' s' unsere' anvertrauen' und was' kann' s' nachher' viel' dagegen' haben, wann ich' von Zeit' zu Zeit' bei euch' einsprech'! Za sein' wir' weit' sicherer' wie unter' freiem' Himmel. In eurer' Hälten' such' mich' gewiß' nie-mand.“

„Geh', was du ein'm' zumm't'!“ schmolte die Dirn. „Du müßt' ich' mich' ja frei' zu Tod' schämen, wann ich' ihr' das beichten' sollt'! Was wüde' sie sich' dann denken von mir, wo ich' s' bischer' hab' g'lauten' gemacht, mir' vermißt' s' keiner' anzum'm' und ich' lieg'n' Kleebinder' Müderl' nur aus' Gnaden' neben' ihm' herlaufen?“

„Was sie sich' denken' wüde'! Tag' du hinter' ein'm' Kullieben' sein'm' Rücken' ein'm' Fiebers' nachtracht' s', wie sie vielleicht' selber' einmal' getan' hat, das wüde' sie sich' denken. Dann müßt' ja auch' dein' Mutter' kein' Kopf' für' ihr'n' Vorteil' und kein' Herz' für' dich' haben, wann s' dich' nit' liebet, wie da herunten' als Herrgottl'rachters' Weib, ob'n' of'm' Sternsteinhof' als Waurin' sigen' köhelt!“

„Mein' lieber' Toni, da hat' s' wohl' noch' ein' Weil' hin!“

„Wir' dürfen' uns' d' Weil' nit' lang' werden' lassen, eben' d'rum' müßen' wir' uns' öfter' sehen' und reden' können, da d'rüber' vergeht' Zeit' und schied' sich' Gelegenheit' und fördert' mit' einmal, eh' wir' s' denken' und ohne' Zutun, n' rechten' Ausgana.“

„Ohne' Zutun? Das wein' ich' wohl' nit.“

„Und ich' auch' nit' so, daß ich' all' s' in' leidigen' Zufall' überlieh, Gab' doch' der Herrgott' sein' Zegen' n' Feldern' umsonst, wann der Bauer' kein' Saat' streuen' müßt', Jedes' von uns' muß' sein' Zeit' dazu' tun, das' verkehrt' sich, wie die Weih' an' mich' konnt', bin' ich' gleich' dabei: seht' is' an' dir, red' mit' deiner' Mutter, sonst' bleibst' uns' kein' Rat.“

„Ich' werd' reden, Wann konnt' s'“

„Rebermoren, wann s' konnt' s'inter' ein' wird.“

„Is recht.“ Sie reichte ihm die Hand zu n' Abschiede.

(Fortsetzung folgt.)

Erhöhung der Zigarettensteuer durch die Bürgerlichen.

Im Vordergrund der gestrigen Volkstags-Sitzung stand die Bekanntgabe eines Schreibens des Völkerverbundes an den Senat, worin eine grundlegende Forderung der Verfassung verlangt wird. Wir verweisen unsere Leser hierauf auf die Beschlüsse. Die Parteien werden ihre Stellungnahme zu dieser bedeutenden Vorlage durch Erklärungen bei Eröffnung der heutigen Sitzung bekanntgeben. Im weiteren Verlauf der gestrigen Sitzung wurde zunächst die Gesetzesvorlage auf Abänderung der Zigarettensteuer in 2. und 3. Lesung verabschiedet. Durch die Zustimmung des arbeitgeberfeindlichen Zentrums drachten die Bürgerlichen die sozialdemokratischen Entwürfe auf Herabsetzung der Steuer für die billigen Zigarettenarten zu Fall. Der Umfall ist um so schmerzlicher, als die sozialdemokratischen Entwürfe im Ausschuss zur Annahme gekommen waren. — Als in die dritte Beratung der Vorlage über die Senatorenbesoldung eingetreten werden sollte, lehnte sich die Linke für die Zurückstellung dieser Vorlage ein. Es wurde von den Rednern der Linken, besonders von unserm Genossen Wehl darauf hingewiesen, daß durch das Verlangen des Völkerverbundes auf Umstellung des Senats eine neue Sachlage entstanden ist, die erst geklärt werden müsse. Trotzdem setzten sich die Bürgerlichen leichtsinnig über diese Bedenken hinweg und erweckten so den Anschein, als wenn das Verlangen des Völkerverbundes auf Beschränkung der Machtgewalt des Bürgerblocksenats für sie gar nicht bestände. Mit Recht bezeichnete Genosse Grünhagen diese Stellungnahme der Bürgerlichen als außenpolitische Kurzsichtigkeit, die recht üble Nachschläge für den Freistaat mit sich bringen würde. Zu einer Abstimmung kam es über diese Vorlage insolge eines Verlagsantrages allerdings gestern noch nicht.

26. Sitzung des Danziger Volkstages

Montag, den 21. März 1921.

Präsident Nathaus gibt bei Eröffnung der Sitzung nach 8 Uhr bekannt, daß für den ausgesetzten Abg. Drenke (Dnalk.) Fraulein Knohlauch eingetreten ist. Sobann verliest er die

Vorlage des Senats auf Abänderung der Verfassung.

Unsere Leser finden diese außerordentlich bedeutende Vorlage, die auf einen Beschluß des Völkerverbundes basiert, an anderer Stelle.

Zunächst erfolgt die 2. Beratung eines Gesetzes betr.

Änderung des Zigarettensteuergesetzes.

Abg. Haal (Dnalk.) tritt in seiner Berichterstattung für die bürgerlichen Entwürfe ein, obwohl der Ausschuss die sozialdemokratischen Änderungsanträge angenommen hat.

Genosse Kroginski kritisiert die parteilichen Ausführungen des Berichterstatters. Da der Ausschuss die sozialdemokratischen Entwürfe angenommen habe, hätte der Berichterstatter auch für diese eintreten müssen. Eine Regelung der Zigarettenbesteuerung muß erfolgen. Bei der bisherigen Besteuerung würde ein kleiner Teil der Zigarettenfabriken, die das Kontingent hatten, stark bevorzugt, die anderen Fabriken dagegen schwer belastet. Der Ausschuss hat gegenüber der Regierungsvorlage, die niedrigen Steuerhöhen auf Grund des sozialdemokratischen Antrages angenommen und haben dafür auch bürgerliche Vertreter gestimmt. Nunmehr sind die Bürgerlichen wieder einmal umgefallen und wollen die billigen Zigaretten wieder um 10—20 Pfg. verteuern. Die sozialdemokratische Partei ist grundsätzlich Gegner der indirekten Besteuerung. Dennoch haben wir im Ausschuss praktisch mitgearbeitet, um die Vorlage im Interesse der Minderbemittelten zu verbessern. Die

Zigarette ist besonders während des Krieges als Ersatz für fehlende Nahrungsmittel konsumiert worden und trifft die höhere Besteuerung besonders der ärmeren Bevölkerung. Wir lehnen daher den bürgerlichen Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage ab und bitten Sie im Interesse der Arbeiterschaft, um Zustimmung zu der Ausschussvorlage. (Beifall links.)

Senatspräsident Dr. Schulz tritt für die Regierungsvorlage ein. Es würde ein Ausfall von 8 Millionen eintreten, wenn die Ausschussvorlage angenommen würde. Auch die Fabrikanten hätten sich für die höheren Steuerhöhen ausgesprochen. (Zuruf links: Selbstverständlich, desto mehr verdienen sie!)

Abg. Kuhn (Kom.) setzt sich für die sozialdemokratischen Ausschussentwürfe ein.

Abg. Wehl (Senat.) erklärt, daß das Zentrum der Herabsetzung der Höhe nicht zustimme. Er setzt weiterhin die Notwendigkeit indirekter Steuern auseinander.

Genosse Kroginski wagt darauf, die aus dieser Stellungnahme des Zentrums wieder einmal deutlich erkennbare Arbeiterfeindschaft des Zentrums fest. Die Arbeiter werden sich nach der höheren Besteuerung der billigen Zigarettenarten das Rauchen nicht mehr leisten können. Die billigen Zigaretten werden also nicht mehr gekauft und die Steuererträge ausbleiben. Auch die Produktion würde dann eingeschränkt und dadurch noch weitere Arbeiter beschäftigungslos werden. Die wandlungsfähige Politik des Zentrums schädige auch die Arbeiter, die heute noch Anhänger des Zentrums seien!

In der Abstimmung wird darauf der gemeinsame Antrag der drei bürgerlichen Parteien (darunter also auch das Zentrum) auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage, also die höhere Besteuerung auch der billigen Zigarettenarten gegen die Linke angenommen.

Das Haus setzt darauf die Beratung um eine Stunde aus, in der die Fraktionen zu der vom Völkerverbund geforderten Veränderung der Verfassung Stellung nahmen.

Nach Wiedereröffnung gegen 6 Uhr beantragt Abg. Kuhn die Ablehnung der 3. Beratung der Vorlage über

die Besoldung der Senatoren

und ihre Überweisung an den Hauptausschuss.

Genosse Wehl schließt sich dem an. Er nicht aber das Verlangen des Völkerverbundes auf Abänderung der Amtsdauer der Senatoren entschieden sei, ohne die Besoldungsvorlage nicht verabschiedet werden. Man würde Gehälter für Senatoren festsetzen, die rechtlich noch gar nicht vorhanden sind. Wenn heute die Gehälter beschlossen würden, trotzdem der Völkerverbund eine Änderung des Senats verlangt, könnten leicht außenpolitische Schwierigkeiten entstehen.

Über diese stichhaltigen Bedenken setzen sich die bürgerlichen Parteien jedoch hinweg, indem sie den Antrag auf Überweisung der Vorlage an den Ausschuss gegen die Stimmen der Linken ablehnen.

Genosse Grünhagen erklärt darauf, daß sich die sozialdemokratische Fraktion an der weiteren Beratung über die Besoldungsvorlage des Senats nicht mehr beteiligen würde. Der Beschluß der bürgerlichen Mehrheit, trotz der vom Völkerverbund verlangten Änderung des Senats, daß Gehalt für die Senatoren zu bewilligen, ist von außerordentlicher Tragweite und kann zu bedenklichen Verwicklungen führen.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Ruhnert (Pole), Plekner (Dnalk.), B. D. (Dnalk.) wird ein polnischer Antrag, die Gehälter nur für die Amtsdauer der Senatoren zu bewilligen, in namentlicher Abstimmung mit 49 gegen 25 Stimmen der Linken abgelehnt.

Genosse Grünhagen stellt darauf einen Verlagsantrag, damit die bürgerlichen Parteien ihre Stellungnahme noch einmal überdenken können. Bei der Abstimmung enthält sich die Linke und ergötzt sich dadurch die Beschäftigungsfähigkeit. Vizepräsident Genosse Wehl verlegt darauf die Sitzung auf heute, Dienstag, nachmittags 2 1/2 Uhr.

Klagen vorgelegt wurde. Die Besoldung möge dies im eigenen Interesse der Beschleunigung beachten.

Nach der bereit ist, vom Völkerverbund verlangten Verbesserungen

hat der Senat dem Völkerverbund eine Gesetzesvorlage gegeben lassen. Diese Änderungen beziehen sich auf die bereits am 2. Dezember gefassten Beschlüsse und betreffen den Artikel 5 (Verbot einer Mitgliedschaft und der Disziplinardisziplin), Artikel 40 (außerordentliche Vertretung der freien Stadt), Artikel 44 (Abbruch von Verträgen mit anderen Staaten), Artikel 71 (Staatsbürgerrecht). Diese Änderungen waren letztendlich auf Ersuchen u. d. auf Grund einer Resolution des Völkerverbundes vom Völkerverbund beschlossen worden. Der Senat des Völkerverbundes hatte die Festlegung der Änderungen beantragt, da sie nach seiner Auffassung nicht dem Beschluß des Völkerverbundes wörtlich Rechnung tragen. Der Völkerverbund ist am 2. März der Auffassung des Senats beigetreten. Durch eine in der neuen Vorlage abgeänderte Formulierung der dritten Artikel soll nun das Verlangen des Völkerverbundes erfüllt werden.

Genosse Wehl, der Organisator und Leiter der Bürgerwehr, ist zum Volksgesandten und Nachrichtenoffizier in der Schutzabteilung der Braunkammer Polizei ernannt worden. Auch Genosse Wehl ist in seiner Vorgänger Stellung der reaktionären Richtung des Bürgerblock-Senats zum Opfer gefallen. Obwohl er seine Fähigkeiten durch die während der Revolution unter schwierigsten Verhältnissen durchgeführte erfolgreiche Organisation der Bürgerwehr sowie durch die langjährige umsichtige Leitung der Bürgerwehr bewiesen hat, fand er vor den Augen der Deutschnationalen keine Gnade, da er Sozialdemokrat war. Auch in diesem Falle gab sich der bisherige Zentrum-Arbeiterführer frühere Senator Schürmer dazu her, den anerkannt tüchtigen Beamten abzuschieben, da der deutschnationale Bürgerblock-Senat Sozialdemokraten im Staatsdienst wahrscheinlich nicht leiden kann. Anstatt demokratisierung der Verwaltung, wie es die Mittelparteien einstimmig auf ihre Fahnen geschrieben hatten, also rücksichtslose Entlassung aller Arbeiterkandidaten. Die Sozialdemokratie wird auch diesen rassistischen „Eieg“ bei gegebener Zeit entsprechend würdigen.

Jitzus Angelos, ein eleganter Zeitjunker, gastet ab 26. März auf dem Heumarkt und wird einen Spielplan, bestehend aus 25 anerkannten Darbietungen bringen, der überall Tagesgespräch bildete. An der Spitze des zirkulären Telleres steht Herr Direktor Karl Straßburger jr. mit seinen Operettenpferden. Die Varietés-Darbietungen werden als erstklassig bezeichnet. Gabbri Brons, der Herr des Todes, wird in seiner waghalsigen Leistung „Der begabte Selbstmordversuch“ eine Sensation bieten.

Die Berufung des Alterspaars Sudrowski besprochen. Das Schöffengericht hatte beauftragt den Arbeiter Viktor Sudrowski und dessen Ehefrau wegen Hehlerei an dem Gebe, daß ihre Kinder durch Raubmord erworben hätten, zu je 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Wegen dieses Urteils war von dem Verurteilten Berufung eingelegt, die jetzt in der Berufungskammer verhandelt werden ist.

Zum Streit der Brauerei- und Mühlenarbeiter in Liegenhof erfahren wir vom Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter nach folgendes: Auf Antrag der Brauerei-, Mühlen- und Speichelarbeiter Liegenhofs wurde dem Arbeitgeberverband Liegenhofs im Oktober 1920 ein Tarifvertragsentwurf unterbreitet, in welchem eine Erhöhung der Löhne um 36 Mark pro Woche in Vorschlag gebracht war. Der Arbeitgeberverband lehnte zu Anfang ab, mit dem Brauerei- und Mühlenarbeiterverband zu verhandeln. Nachdem aber der Schlichtungsausschuss angerufen wurde, erklärte der Arbeitgeberverband, mit unserer Organisation selbst verhandeln zu wollen, um so die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss zu inhibieren. So wurden die Arbeiter auf neue vertrieben, und endlich am 29. Dezember 1920 beräumte der Arbeitgeberverband einen Verhandlungstermin an. Es wurden aber seitens der Arbeitgeber bei den Verhandlungen die geringsten Zugeständnisse abgelehnt. Darauf fand am 27. Jan. eine Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss statt, in welcher folgender Schiedspruch gefällt wurde:

Die Stundenlöhne betragen für die Dampfmaschine Otto Schlinger, Brauerei Gehr. Stobbe, Landwirtschaftliche Großhandels-Gesellschaft m. b. H., Getreidegeschäft Mag. Wida, Nachf. Liegenhof, für männliche Arbeiter 3,80 Mk. pro Stunde, für Frauen 2 Mk., für jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren 1,65 Mk., für jugendliche Arbeiter von 16—18 Jahren 2,15 Mk., für Gelegenheitsarbeiter 1,50 Mk. Überstunden werden mit 25 Proz. Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt.

Die Parteien erhielten eine Frist bis zum 8. Februar 1921 zur Erklärung über die Annahme des Schiedspruches. Dieser wurde von den Arbeitnehmern angenommen, von den Arbeitgebern aber abgelehnt. Von der Organisationsleitung wurde darauf die Verbindlichkeitsklärung beim Demobilisationskommissar beantragt. Auf dessen Veranlassung wurde der Landrat ersucht, eine Einigungsverhandlung mit den Arbeitgebern Liegenhofs herbeizuführen, die resultatlos verlief. Die Arbeitgeber verwarfen auf ihren „Gern im Hause-Standpunkt“ und weigerten sich, auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen. Von dem Brauerei- und Mühlenarbeiterverband wurde nichts unterlassen, um zu verhindern, daß der gewerbliche Frieden gestört würde. Auch persönliche Vorstellungen beim Demobilisationskommissar ließen wenig Hoffnung aufkommen, daß den gerechten Forderungen der Arbeiterschaft irgendwelche Rechnung getragen würde. So blieb der Arbeiterschaft nichts weiter übrig, als die Arbeit niederzuliegen. Die bräule Hartnäckigkeit der Arbeitgeber, die noch immer von dem reaktionären Geist durchdrungen sind, hat diesen Streit auf dem Gewissen. Sie glauben noch immer, daß die Arbeiter nur dazu da sind, Kapitalisten für einzelne anzuhäufen, während sie selbst verelenden und verkommen können. Der Bevölkerung und vor allem der dortigen Arbeiterschaft ist der Gang der Verhandlungen sowie der Standpunkt der Arbeitgeber bekanntgegeben. Es wird allgemein zugesehen, daß von jetzt an der Arbeiterschaft nichts unterlassen werden ist, bevor zu dem letzten Mittel, der Arbeitsniederlegung, gegriffen wurde.

Standesamt vom 22. März 1921.

Todesfälle: Friseur Hermann Korsh, 54 J. — Wachtmann Albert Miel, 33 J. 1 M. — Zimmergeselle, Plonier in 1. Pionier Bataillon Nr. 17, Theodor Leopold Vogel, 27 J. — Invalide Paul Wessel, 40 J. 3 M. — Arbeiter Franz Kasatowski, 37 J. 1 M. — Unheil. 1 S. 1 F.

BORG CIGARETTEN

für Qualitäts-Raucher

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Boitze, für den Danziger Nachrichtenteil und die Unterhaltungsbeilage Fritz Boetze, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Grewel in Oliva. Druck und Verlag von J. Wehl u. Co., Danzig.

Danziger Nachrichten.

Nachrichten für Auswanderer.

Die Auswanderung über Trief ist bis auf weiteres gesperrt, wegen Ausbruchs des Flecktyphus.

In Schweden ist die Auswandererzahl wieder in langsamem Steigen begriffen, nachdem sie während des Krieges erheblich zurückgegangen und im Jahre 1918 sogar hinter der Einwandererzahl zurückgeblieben war.

Einreisegesuche nach der Türkei, für die noch immer die Interalliierte Militärkommission zuständig ist, sind bisher von dieser ausnahmslos abgelehnt worden. Durch den von der nationalistischen Richtung in Ankara von neuem entfesselten Krieg sind die wirtschaftlichen Verhältnisse noch schlechtere geworden, als sie ohnehin schon waren.

Die japanische Auswanderung nach Brasilien wird von dem brasilianischen Staat Sao Paulo sehr kräftig gefördert. Damit wird den zuwandernden europäischen Elementen das Fortkommen naturgemäß nicht erleichtert. Viele der japanischen Einwanderer sollen dauernd in Brasilien bleiben.

Transkaukasien als Auswanderungsland. Nach einem Bericht des italienischen Volletino della Emigrazione, den das Nachrichtenblatt auszugsmäßig wiedergibt, eignen sich die drei transkaukasischen Republiken Georgien, Aserbeidschan und Armenien sowohl nach Klima und Naturfähigkeiten einerseits, Entwicklungsmöglichkeiten andererseits, ausgezeichnet für die Ansiedelung zahlreicher europäischer Auswanderer. Leider sind zurzeit die Verhältnisse dieser Staaten noch nicht so günstig, daß sie jetzt schon für eine Auswanderungsmöglichkeit in Frage kommen könnten. Zur Erschließung der vorhandenen Naturfähigkeiten und Kräfte seien im besonderen bedeutende ausländische Kapitalien notwendig, da die Länder selbst arm sind. Die Lebenshaltung der einheimischen Arbeiterschaft wird als äußerst kistehend gekennzeichnet. Nirgends soll man so viel Bettler sehen wie in diesen Ländern.

Auswanderern nach Brasilien, besonders Nordbrasilien, ist zu empfehlen, Arbeitsverträge mit dortigen Firmen vom brasilianischen Konsul beglaubigen zu lassen, da sie nur dann rechtliche Geltung haben.

Im südbrazilianischen Staat Santa Catharina verfügt die kanonische Kolonisationsgesellschaft über ausgedehnte Siedlungslandereien. Auskunft erteilt die kan-

atische Kolonisationsgesellschaft m. b. H., Hamburg 8, Ordninger Str. 19.

Chile soll nach neueren Nachrichten einer nicht allzu zahlreichen Einwanderung Deutscher nicht unglückliche Ausflüchten bieten. Allerdings gilt auch hier, was für die Auswanderer nach Südamerika im allgemeinen gilt: Der Auswanderer darf nicht europäische Ansprüche mitbringen.

Die Auswanderung nach Finnland gestaltet sich jetzt schwieriger, weil nach und nach der Arbeitsmarkt auch dort hinreichend gefüllt worden ist. Es macht sich deshalb in den Kreisen der finnischen Arbeiterschaft schon eine gewisse Widerstand gegen die zuwandernden Deutschen bemerkbar, die noch genährt wird durch die Haltung der kommunistischen Richtung. Diese läßt ihren Groll darüber, daß der bolschewistische Aufstand im Frühjahr 1918 mit Hilfe der deutschen Truppen unterdrückt worden ist, an den deutschen Arbeitern aus.

Niederländisch-Indien bietet vielleicht für einzelne technische Berufe Arbeitsmöglichkeiten; dagegen kommt es für landwirtschaftliche Kleinbedingen nicht in Betracht.

In Estland sind Anzeichen vorhanden, daß die bisher allgemein deutschfeindliche Stimmung im Rückgange begriffen ist. Arbeitsmöglichkeiten bieten sich bis jetzt aber nur vereinzelt für Werkmeister und Spezialarbeiter. Die Industrie ist eben erst im Aufleben begriffen. Für gelernte Arbeiter soll der Lohn zurzeit auf 120—130 Estimark täglich stehen. Eine Estimark ist gleich 12—20 Pfg.

Auswanderer nach Paraguay erhalten Auskunft vom Deutschen Volksbund für Paraguay (Asuncion, casilla de correo 77). Auch das Wanderungsamt der Stadt Danzig, Sandgrube 41 a, erteilt über alle Auswanderungsangelegenheiten kostenlos Auskunft.

Der Oberkommissar und die Wahrnehmung der Privatrechte.

Wie der Oberkommissar dem Senat mitgeteilt hat, gehen bei ihm vielfach Besuche von Einwohnern der Freien Stadt ein, die ihn um Unterstützung bezüglich der Wiedererlangung von Rechten bitten, welche sie an Grundstücken in Polen haben. Dem Oberkommissar ist es, wie er weiterhin mitteilt, unmöglich, sich mit solchen Gesuchen zu beschäftigen. Er könne solche Gesuche nur dem Einsender zurückschicken und dem Schreiber anheimstellen, sich an die Danziger oder die polnische Regierung zu wenden. Er selbst sei nur in der Lage eingzugreifen bei Gesuchen, die ihm von einer dieser

Die Behebung der Wohnungsnot.

Dem Volkstag liegt bekanntlich eine große Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion über die Behebung der Wohnungsnot vor. Da der zuständige Senator Welle in Ober-Schlesien zur Abklärung will, ist die Verantwortung der Anfrage bis nach den Feiertagen verschoben, so daß die Öffentlichkeit erst dann erfahren wird, was der Senat zur Lösung dieser brennenden Frage zu tun gedenkt. In diesem Zusammenhang dürfte auch die nachstehende Entscheidung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie des Reichsbundes sozialer Bauvereine und der mit dem Wohnungsbau im Zusammenhang stehenden Gewerkschaften an den heutigen Reichstag und die Regierung auch für Danzig von Interesse sein. Wir geben darauf folgendes wieder:

Nur dem Senate wurden in Deutschland jährlich etwa 800.000 neue Wohnungen erstellt. Durch den Ausfall der Produktivität während des Krieges und durch den auf ein Minimum beschränkten Bau von Wohnungen nach dem Kriege, stellt sich heute der Nachholbedarf an Wohnungen auf über eine Million. Wenn wir heute von einem völligen Zusammenbruch des Bau- und Wohnungswesens reden, dann sollte die Reichsregierung nach mehr als zehnjähriger Erfahrung einsehen, daß mit dem Einfluß kleiner Mittel keine das Kamillenleben wie die Arbeitskraft des deutschen Volkes gleichwohl zu erhalten und zu erhalten ist. Unter Umständen nicht selbstverständlich werden kann. Unter Umständen auf unsere Entscheidung vom 1. Februar d. J. verlangen wir von dem Reichsministerium der Finanzen zunächst durchgreifende Maßnahmen. Ten zuerst im Wohnungsbau durch die Reichsregierung zur Verfügung zu stellen. Der Reichsminister der Finanzen hat die Reichsregierung über die Erhebung einer Steuer zur Förderung des Wohnungsbaus zu bitten wie alle durchgreifende Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit nicht anerkennen. Die Mittel, die durch diese Steuer fließen gemacht werden sollen, würden nicht einmal dazu hinreichen, um den Teil der Reichsregierung an Wohnungen zu stellen, den die Reichsregierung für die Bekämpfung der Wohnungsnot zur Verfügung hat. Der gemeinnützigen Wohnungsbau durch den Reichsminister der Finanzen ist in der Reichsregierung nicht als eine Substanz des gemeinnützigen Wohnungsbaus betrachtet werden, gegen die wir im Interesse der Arbeiter und der Arbeiterinnen den schärfsten Protest erheben wollen. Unter Berücksichtigung der vorliegenden Umstände halten wir es für verfehlt, die Beratungen über die Annahme der Reichsregierung auf der Grundlage des Gesetzesentwurfes des Reichsministeriums weiter fortzuführen, und wir erheben bei der Reichsregierung, dem Reichstag umgehend einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Bau von mindestens 750.000 Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung auf gemeinsamer Grundlage in den nächsten 5 Jahren sichergestellt.

Die Durchführbarkeit eines derartigen Bauprogramms halten wir für gegeben, wenn die durch die allgemeine Geldentwertung erzwungenen hohen Subventionen bis zu einem gewissen Grade eine hypothekare Bindung zu ungenutzten gemeinnützigen Wohnungen für den Wohnungsbau möglich gemacht werden. Das erwerbende Volk würde es nicht bezweifeln, wenn die durch die Geldentwertung erzwungenen Subventionen als arbeitslose Einkommen eines Teils in die Hände der Grundbesitzer fließen würden. Wir

und darüber im Sinne, daß dieser Zustand, zumal bei der gegenwärtigen Stellung des Entwurfs für ein Reichsministerium, unter allen Umständen eintreten würde, wenn nicht schnellstmöglich Vorkehrungen getroffen werden, daß der Wertzuwachs eine gemeinwirtschaftliche Bindung erfährt.

Wir erheben daher die Reichsregierung, mit einem Ausschuss der unterzeichneten Gewerkschaften umgehend in eine Beratung einzutreten, wie unter Berücksichtigung der obigen Anregung einer umfassenden Behebung der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe schnellstmöglich entschieden werden kann.

Im Zusammenhang damit haben die gleichen Korporationen auch einen Vorschlag zu gemeinwirtschaftlichen Regelungen der Baukostenbewirtschaftung aufgestellt. Darin ist vorgelesen, daß die Bewirtschaftung der Baukosten einer Reichsbaukosten-Gesellschaft übertragen wird. Diese soll das Recht erhalten, auf a) Erwerb und Entleerung von Baukostenbetrieben, sowie von Baukosten-, Holz- und Fertigfabriken; b) Kontrolle über den Einkauf von Baukosten; c) Festsetzung von Höchstpreisen; d) Abschluß von Ankaufverträgen und Bildung von Ankaufvereinen; e) Ankaufverteilung an die Baukostenbetriebe; f) Produktionsausgleich zwischen den beteiligten Baukostenbetrieben und Abgabebetrieben; g) Erhebung von Abgaben. Die Organe der Reichsbaukosten-Gesellschaft sollen sein: 1. der Reichsbaukostenrat, 2. der Ausschussrat, 3. das Direktorium. Der Reichsbaukostenrat soll aus 40 Mitgliedern bestehen und zwar: zehn Vertreter der Wohnungsfürsorgegesellschaften der Länder, zehn Vertreter der Arbeitervereine, zehn Vertreter der Baukostenbetriebe und technischen Angestellten, drei technisch-wirtschaftlich gebildete Vertreter, ernannt vom Reichsministerium der Finanzen, fünf Vertreter der Baukostenbetriebe, zwei Vertreter der Baukostenhändler, zwei Vertreter des Reichsbundes sozialer Bauvereine, zwei Vertreter des Reichsbundes für das deutsche Baugewerbe. Die Mitgliederzahl in dem Reichsbaukostenrat ist auf fünf Jahre mit der Möglichkeit bestimmt, daß in jedem Jahre im Verhältnis zur Vertretungslücke der entfallende Teil von Vertretern auszuwählen und neu gewählt wird. Der Reichsbaukostenrat besteht aus zwölf Mitgliedern, die vom Reichsbaukostenrat auf fünf Jahre gewählt werden. Das Direktorium der Reichsbaukosten-Gesellschaft besteht aus fünf Mitgliedern, die vom Reichsbaukostenrat auf fünf Jahre gewählt werden. Sie erhalten eine Gehalts- und Honorar auf Antrag des Ausschussrates durch den Reichsbaukostenrat jederzeit abgesetzt werden. Die Reichsbaukosten-Gesellschaft ist verpflichtet, für einheitliche Baukostenbewirtschaftung besondere Baukostenbewirtschaftungsstellen als nachgeordnete Organe mit weitestgehender Selbständigkeit einzurichten.

Diesem Vorschlag ist auch der christliche Arbeiterverband beigetreten. Wenn sowohl die in obiger Eingabe als in diesem Plan gemachten Vorschläge nicht so ohne weiteres auf Danzig übertragen sind, so enthalten sie doch manches, was auch für die hiesigen Verhältnisse zur Lösung des schwierigen Wohnungsproblems von Nutzen zu gebrauchen wäre.

zweiter gering beschlaghaft. Sie wurden nach Travemünde entführt und den Lübecker Fischern überwiesen. Diese aber bevorzugten angeht die drohende Haltung der fremden Fischer die Annahme. Es wurde Hilfe aus Lübeck verlangt, und vor dem Ausbruch von Feindseligkeiten trat auf einem Lastauto rechtzeitig ein Zug der Ordnungspolizei ein. Die Boote wurden nach Lübeck geschleppt und die Fische dort zu 50 Pfennig das Pfund verkauft. Damit wurde, wenn auch auf anderem Wege, als die fremden Fischer voraussehen, das erreicht, was sie wollten, nämlich daß ihre Fische zu wesentlich niedrigeren Preisen als die der Fischereigenossenschaft an das Publikum verkauft werden. Die Lage zwischen den fremden und den hiesigen Fischern ist äußerst gespannt, doch wird die Ruhe vorläufig noch von den Polizeibehörden aufrecht erhalten.

Erhöhung der polnischen Einreisegelder. Wie das polnische Konsulat in Danzig mitteilt, ist der neue Konsultariff um 100 Prozent erhöht worden. Die Gebühr für den Stempel zur Einreise nach Polen beträgt nunmehr 100 Mark.

Weiter Flug einer Briestauke. Der Chef der englischen Luftschiffahrt über den Atlantik, General Maitland, hat kürzlich in einem Vortrag in der Londoner Royal-Society eine eigenartige Episode vom Atlantikflug des Luftschiffes „M. 84“ berichtet. Das große Luftschiff hatte einige Briestauben mit, aber als bereits New York in Sicht war, entfiel eine von ihnen und machte sich nach Osten, nach Europa zu, auf den Weg. Man dachte nicht mehr daran, bis man wieder nach England kam, wo die Luftfahrer von der Mitteilung überrascht wurden, daß in ihrer Abwesenheit eine Briestauke ermattet in der Nähe eines heimreisenden Schiffes gefallen sei. Das Schiff war damals 1800 Kilometer von New York entfernt. General Maitland setzte sich mit dem Kapitän des betreffenden Schiffes in Verbindung, und siehe, es war ihre eigene Briestauke. Sie hatte also versucht, über den Atlantischen Ozean nach Europa zurückzuflogen. Das ist wahrscheinlich der längste Flug, den eine Briestauke je gemacht hat.

Ein Fliegerabenteuer in der Schneewüste. Ein aufregendes Abenteuer, das mit furchtbaren Entbehrungen und Gefahren verbunden war, haben drei amerikanische Offiziere überstanden, die in einem Ballon durch einen Sturm 3000 Kilometer weit in die schneebedeckten Wälder von Nord-Canada verweht wurden. Nachdem sie jedes Gramm des vorhandenen Ballastes abgeworfen hatten, waren sie im dichten Nebel herabgegarungen, hatten den Ballon verlassen und befanden sich nun in der unendlichen Schneewüste, wo sie ohne jede Orientierung herumirren. Sie wären verloren gewesen, wenn sie nicht einem Indianer begegnet wären, der sie zu dem Lager eines Trappers führte; dieser brachte sie dann zu der Moose-Fauna. Durch ihre Wanderung bei 40 Grad Kälte und ohne Nahrung, die vier Tage dauerte, waren sie so erschöpft, daß der eine der Offiziere die anderen schließlich bat, ihm den Hals abzuschneiden und sein Fleisch als Nahrung zu verwenden. Aber die beiden andern lösteten den Verzweiflungskampf, und so beschloßen sie, zusammen zu sterben. Während die Geschichte von dem Schicksal der drei Briestauben, die sie mit sich führten. Zwei der Tierschen wurden verspeist; das dritte aber, das sich in dem Mantel des einen ein Nest bereitet hatte, dauerte sie, und so wurde die Taube mit einer Postkarte abgeschickt; doch hat man bisher keine Spur von ihr. Nachdem die drei Flieger in völlig erschöpftem Zustand in der Moose-Fauna angekommen waren, ruhten sie nach notdürftiger Erholung, von indianischen Führern begleitet, elf Tage auf Schneeschuhen nach der nächsten Eisenbahnstation, die 300 Kilometer von der Moose-Fauna entfernt ist, zurückzulegen.

Aus aller Welt.

Eine Leiche unter den Eisfischern. In der Bodeker Bucht kam in Travemünde eine bedrohliche Pege zwischen den die Fischerei machend der Lübecker Fischereigenossenschaft in Konkurrenz nehmenden fremden Fischern und den Fischern der Lübecker Fischereigenossenschaft entstanden. Die fremden Fischer fischen trotz aller Warnungen und Verbote in der Dreimeilenzone. Jetzt hat der Reichswaldfischerei am ersten Male eingegriffen und zwei Fischereifahrzeuge mit 160

Die Dachdeckerarbeiten

für die laufende Unterhaltung der städt. Gebäude in Danzig für die Zeit vom 1. April bis Ende Oktober 1921 sollen in öffentlicher Verdingung vergeben werden.

Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis **Mittwoch, den 6. April 1921, vorm. 10 Uhr** im Hochbauamt, Rathaus Langgasse, Zimmer 29/30 einzufriedeln.

Die Bedingungen liegen in der städt. Hochbauverwaltung im Rathaus Langgasse, Zimmer 32 zur Einsicht aus und können auch gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden.

Danzig, den 21. März 1921. (3888)

Der Magistrat.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper. **Dienstag, den 22. März 1921, abends 7 Uhr** Dauerkarten B 1.

Die Marquise von Arcis Schauspiel in 5 Akten (nach Diderot) von Karl Sternheim.

In Szene gesetzt von Oberregisseur Hermann Werg. Inspektion: Emil Weiner.

Verloren wie bekannt. Ende gegen 9^{1/2} Uhr

Mittwoch, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 1. **Carl Gustav** Oper in 3 Akten von Verdi.

Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 1. **Die Erziehung der Ethel.**

Freitag: Geschlossen.

Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 1. **Der Troubadour.**

Sonntag, nachm. 2^{1/2} Uhr. Ermäßigte Preise. **Weniger.**

Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit zum ersten Male. **Der Prinz** Oper in 3 Akten von Professor Otto Kohle.

Montag, nachm. 3 Uhr. Ermäßigte Preise. **Bettinas** Verlobung.

Montag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. **Der Viebsbasillus.**

Größe öffentliche Vätergefellens-Berammlung am **Mittwoch, den 23. März, 6 Uhr abends** in der **Maurerherberge, Schüsselbaum 28.**

1. Wie stellen sich die Kollegen zur Ablehnung unserer Forderung durch die Arbeitgeber?
2. Was soll gegen die Wiederherstellung von Lehrlingen unternommen werden? Referent: Kollege Joseph Kolben erhebt in Wasser. (3887)
Der Vorstand des Zentralverbandes der Väter- und Handwerker. Danzig

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.) Tel. 4092. Resider u. Direktor Paul Baummann. Kunstleitung: Dir. Sigmund Kunstladt. **Heute Dienstag, den 22. März**

Anfang 7 Uhr Anfang

„Der arme Jonathan“ Operette in 3 Akten von Carl Millöcker.

Vorgen Mittwoch, den 23. März **Der ersten Liebe goldene Zeit.** Sonntagabend, den 26. März:

Die Rose von Stambul Vorverkauf findet tags v. 10-4 Uhr nur im Deuma-Haus Langgasse 69/70 statt. Sonntags 9-2 Uhr a. d. Theaterkasse

Nach Schluß der Vorstellung: Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

In den Parterre-Räumen: **Klein-Kunst-Bühne „Libelle“**

UT Lichtspiele

Nur noch bis 24. März

Der Mann ohne Namen II. Teil

Der Kaiser der Sahara

Neben dem ausgezeichneten Spiel und den herrlichsten Szenarien **der grösste Lacherfolg** den je ein Filmwerk erzielt hat.

Am **Sonntag, den 26. März** Beginn des III. Teiles **Gelbe Bestien**

Nervenschwäche nach dem Besonderen des jeder Art jeder Schwäche über Nervenschwäche

Deutscher Heimatbund, Danzig (E. V.)

Ausstellung im Zeughaus (3891) vom 21. März bis 4. April, von 11 bis 5 Uhr:

„Alt-Danziger Bauten“ Eintritt 2.— M. Beson. Vorziehung der Mitgliedskarte frei. Neu sich meldende Mitglieder erhalten Mitgliedskarten gleich beim Eintritt in die Ausstellung

Kaufen Sie nicht

bevor Sie sich nicht von der Preiswürdigkeit meiner **gutsitzenden Herrenkonfektion** in nur guten Qualitäten überzeugt haben.

Herrenanzüge 450.00, 395.00, 285.00
Gestreifte Hosen 60.00, 80.00, 70.00
Cutaways gute Qualität, Ersatz für Maßarbeit **stunnd billig!**

Danziger Konfektions-Zentrale Ketterhagergasse 10, parterre. (3886) Kein Laden. Keine Personalspesen.

Neu! Volksbekleidung

nur Breitgasse 16^{II}

Ich empfehle zum Feste bei Bedarf von Herrenbekleidung zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen und streng reeller Bedienung mein großes Lager in

Herren-Jacketanzügen, Sportanzügen, Cutaways u. Westen sowie gestreiften Hosen

Ferner empfehle ich meine Abteilung von Anzügen nach Maß unter Garantie für schnelligen Sitz und Verarbeitung nur besten Materials bei günstigster Preisberechnung. Jeder Versuch macht sich bezahlt. (3890)

Neu! Volksbekleidung

Breitgasse 16^{II} Neu!

Circus Angelos kommt!

Eröffnung: **Sonabend, den 26. März 1921, abends 7^{1/2} Uhr.**

Alles Nähere aus weiteren Inseraten und Straßenreklamo! (3890)

Kleine Anzeigen

In unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

anal

das nie erlisch, sind Ferdinand Lassalles Werke Fr. Diederich hat in seinem soeben erschienenen

Lassalle-Brevier in wundervoll. Auswahl u. Gruppierung das Beste aus Lassalles Lese- und Lesenswerk zusammengestellt. Das Buch ist zum Preise von Mk. 9.50 u. 20% zu haben in der

Buchhandlung **Volkswacht** Am Spandauer 6 u. Paradiesgasse 32.

Sämtliche Gartenarbeiten

und Instandsetzungen von Gärten führt sauber aus **B. Ehle, Görtner** Danzig-Obra, Rosengasse